

Diana Meschter¹: Diskussionsbericht

In der Diskussion wurden folgende Themen aufgegriffen: Ehrenamtliches Engagement, Einstellung der Aufnahmegesellschaft, Indikatoren zur Messung von Integration, Akteure in ländlichen Räumen und interregionaler Austausch, Typisierung ländliche Räume, Arbeitsmarktintegration und Übergänge, Spezifika von ländlichen Räumen.

Ehrenamtliches Engagement

Bei der Diskussion des letzten Panels ging es um die Rolle des ehrenamtlichen Engagements und die Einstellung der Aufnahmegesellschaft. Anfangs wurde der Wunsch nach einer Typisierung und einer genaueren Kennzeichnung der Ehrenamtlichen geäußert. Zwei Studien wurden diesbezüglich genannt: Kleist und Karakayali (2014) sowie das Institut für Demoskopie Allensbach (2013).

Bei der Studie von Kleist und Karakayali (2014) wurde erwähnt, dass sich relativ wenige Menschen mit Migrationshintergrund engagieren. Allerdings wurde der Punkt in der Diskussion nicht weiter ausgeführt. Ein weiterer Teilnehmender bestätigte diesen Eindruck aus der Praxis: Aus dem Pool der 500 ehrenamtlichen Aktiven in seinem Landkreis seien ca. 50 % pensionierte LehrerInnen, oftmals zugezogen aus urbanen Räumen, aber nur eine Person mit Migrationshintergrund vertreten. Generell spielen Pensionierte mit höherem Bildungsabschluss eine wichtige Rolle. Bei der Typisierung ist zu beachten, dass Moscheevereine in der Forschung zu Ehrenamtlichen weniger untersucht wurden und diese Arbeit dort nicht sichtbar wird. Moscheen bilden generell einen wichtigen Anlaufpunkt für Geflüchtete, deren Arbeit aber oftmals nicht gesehen wird. Offen blieb die Frage, ob bzw. inwieweit Moscheevereine auch in ländlichen Räumen vorhanden sind.

Die Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach (2013) untersucht die Motive der Ehrenamtlichen. Nach deren Ergebnissen engagieren sich Ehrenamtliche vor allem im Kontext der persönlichen Unterstützung, aber weniger im politischen Interesse bzw. in der Absicht, an den Rahmenbedingungen etwas zu ändern. Als Beispiel galten hier ehrenamtliche FlüchtlingshelferInnen, die häufig auch in Kleinstädten und ländlichen Räumen Interesse an der Ausrichtung eines Sprachkurses haben, aber nicht darüber hinausgehend aktiv werden wollen.

Allgemein kam der Einwand, ob es überhaupt einer Unterscheidung zwischen Ehrenamtlichen und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit bedarf oder ob es nicht zweckmäßiger wäre, am allgemeinen bürgerschaftlichen Engagement anzuknüpfen. Als Beispiel wurden hier Ehrenamtliche genannt, die schon vorher langjährig aktiv sind (Bsp. Kirche oder Hospizarbeit) und sich aktuell nun auch in der Flüchtlingsarbeit engagieren. Ein allgemeines Interesse am Gemeinwesen im Allgemeinen und hohe Empathie für die menschlichen Schicksale der Geflüchteten im Speziellen seien hier die Motive.

¹ Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig

Ein ehrenamtlich aktiver Teilnehmer betonte, Ehrenamtliche wünschten sich weniger Danksagung in Form von Veranstaltungen und Ehrungen, dafür mehr aktive Unterstützung. Die Mittelakquise gestaltete sich in seiner Organisation weniger schwierig als die Suche nach Möglichkeiten, dieses Geld sinnvoll auszugeben. Vor allem Projekte, die Kontaktmöglichkeiten zwischen Wohnortbevölkerung und Neuzugewanderten ermöglichen, wurden als wichtig angesehen. Auch Projekte oder Ansätze, wie die Kooperation zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen verbessert werden kann, sind sinnvoll. Hier sei auch die Rolle von migrantischen Netzwerken stärker zu beachten.

Eine weitere Frage galt der zukünftigen Entwicklung des Ehrenamts. In der ersten Phase der Flüchtlingsintegration ging es vor allem um Wohnraum, Alltagsorientierung, soziale Integration und Sprachkursorganisation. In diesen Bereichen können Ehrenamtliche besonders gut unterstützen. Bei komplexeren Fragen, wie differenzierte und professionelle Sprachkurse, adäquate (Weiter-)Bildungsmaßnahmen sowie der Arbeitsmarktintegration sind Ehrenamtliche oftmals überfordert. Problematisch in ländlichen Räumen sei, dass das große Engagement der Unterstützung abgeflacht ist und nur noch Wenige aktiv sind, die sich schon längere Zeit engagierten und dabei mit viel komplexeren Fragestellungen zu befassen hätten als in der Phase des Ankommens und Unterbringens. Das führe auch zu einer Überforderung der dörflichen (Beratungs-)Strukturen. Hauptakteure in dieser Phase seien die Bundesagenturen für Arbeit und Jobcenter, die aber nur in (größeren) Städten zu finden sind.

Einstellung der Aufnahmegesellschaft

Ein zentraler Punkt bei der langfristigen Integration ist die Einstellung der Aufnahmegesellschaft und das Vorhandensein bzw. Ausmaß von Fremdenfeindlichkeit in ländlichen Räumen. Hier ist die Frage, ob die Bevölkerung in ländlichen Räumen fremdenfeindlicher sei als in urbanen. Dieser Frage wurde nur kurz in der Diskussion nachgegangen. Um die Situation vor Ort zu erfassen, sei eine Auswertung vielfältiger Quellen notwendig. Fallstudien sollten neben den hauptamtlichen RepräsentantInnen aus den Kommunen auch die SozialarbeiterInnen, Geflüchtete und Ehrenamtliche berücksichtigen. Nur so könne ein realistisches Bild der Fremdenfeindlichkeit vor Ort gezeichnet werden. Weitere wichtige Aspekte seien das politische Klima, Wanderungsgeschichte, ökonomische Situation und mediale/digitale Diskurse. Wenn von der autochthonen Bevölkerung gesprochen wird, wird oft vergessen, dass es sich nicht um eine statische Bevölkerung handelt. Am Beispiel der Transformationsgesellschaft Sachsen wurde darauf hingewiesen, dass sich in verschiedenen Landkreisen starke Bewegungen (Wegzüge, selektive Zuzüge) beobachten lassen. Notwendig sei eine Analyse der jeweiligen Sozialstruktur. Bei der Frage nach der relativen Deprivation solle man sich genauer mit der vor Ort lebenden Bevölkerung befassen, welche Personengruppen sich abgehängt fühlen und welche nicht.

Indikatoren zur Messung von Integration

Dauerthema der Diskussion war das Thema „Messung von Integration“ und der interregionale Austausch zur Förderung und Verbesserung der Integration. Die Messung gelungener Integration sei zentral wichtig, auch als Basis für Vergleichsmöglichkeiten von gelungener Integration. Kont-

rovers diskutiert wurde, ob es möglich sei, Integration zu messen und anhand fester Kriterien zu erfassen, ab wann jemand gut integriert ist und wann nicht. Für die Suche nach Indikatoren zur Messung spricht eine bessere Vergleichbarkeit von gelungener Integration. Als möglicher Ansatzpunkt wurde angeregt, sich den Indikatoren schrittweise zu nähern und anfänglich nur eine begrenzte Anzahl zu listen, anhand derer Hypothesen getestet und validiert werden können. Dabei sollten neben regionalen Indikatoren vor allem auch strukturelle Indikatoren betrachtet werden. Diese Indikatorenorientierung ist vor allem für politikberatende und anwendungsorientierte Forschung wichtig. Als Beispiel für eine klare, indikatorengestützte Zielorientierung wurde die Stadt Diemelstadt (Landkreis Waldeck-Frankenberg, Hessen) genannt. Diese Kommune ist sehr an den Bleibeperspektiven der vor Ort lebenden Flüchtlinge interessiert und hat sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 1/3 der Geflüchteten vor Ort eine finanziell eigenständige Lebensweise zu ermöglichen.

Gegen die Festlegung auf bestimmte Indikatoren zur landkreisübergreifenden Vergleichbarkeit sprechen strukturelle Unterschiede zwischen den Landkreisen und die Heterogenität der Gruppe der Geflüchteten. Zudem bestehe keine hinreichende Übereinstimmung, was unter Integration zu verstehen ist. Als Beispiel wurde die Arbeitsmarktintegration genannt und die Frage, ob jemand, der keinen Job hat, dann auch nicht integriert wäre oder ob es nicht zweckmäßiger sei, nach dem persönlichen Empfinden zu fragen und danach zu schauen, ob Personen im Alltagsleben gut zu-rechtkommen und wo die Gründe hierfür liegen.

Akteure in ländlichen Räumen und interregionaler Austausch

In ländlichen Räumen sind die kommunale Verwaltung und ihre jeweiligen Untergliederungen die zentralen Akteure im Bereich der Flüchtlingsintegration. Aufgrund der Heterogenität von ländlichen Räumen sind die Governance-Strukturen in den Kommunen unterschiedlich. Als gewinnbringend wurde der interregionale Austausch diskutiert, der in bestimmten Projekten, wie kommunaler Qualitätszirkel oder einem Modellprojekt in Hessen, schon durchgeführt wird. Hier reiche oftmals schon ein Blick in die Nachbarlandkreise, um neue Impulse zu erhalten. Ein interregionaler Austausch werde aber oftmals aufgrund der Arbeitsdichte erschwert und fehle explizit für ländliche Räume. Für ein erfolgreiches Voneinander-Lernen könnten sich die Äquivalente der einzelnen Ebenen treffen und besonders erfolgreiche Integrationsstrukturen besprechen. Schlüsselpersonen als zentrale Faktoren im Integrationsprozess seien für alle Siedlungstypen relevant und nicht als eine Spezifik von ländlichen Räumen. Wichtig sei auch die institutionelle Verankerung und zivilgesellschaftliche Einbindung der Personen, die mit dem Thema betraut sind.

Typisierung ländlicher Räume

Um die Phänomene des Weiterwanderns und des Ankommens systematisch zu erfassen, wurde über eine Unterscheidung ländlicher Räume nach ihrer Funktion in kurzfristige Ankunftsräume und Räume mit längerfristigen Bleibeperspektiven diskutiert. In den Ankunftsräumen wäre Zeit für Aufnahme, Unterbringung, Statusüberprüfung, Sprachklassen und allgemeines zur-Ruhekommen. Als Beispiel wurde hier Altenburg in Thüringen genannt. In der Stadt wurde viel investiert, damit die Leute sich integrieren und sich etwas aufbauen können. Allerdings gebe es nur

wenige Arbeitsplätze, so dass viele Geflüchtete zum Zeitpunkt der Arbeitsintegration dann doch weggezogen seien. Die kommunalen Akteure in Altenburg seien darüber enttäuscht, weil sie sich von den Investitionen demografische Effekte und Impulse für den regionalen Arbeitsmarkt erhofft hatten.

Weiterwandern spielt in den ländlichen Räumen eine große Rolle. Diskutiert wurde, ob es allgemein an der Jobsituation vor Ort liegt oder explizit mit anderen Merkmalen ländlicher Räume zusammenhängt. Mögliche Verbleibperspektiven wurden überwiegend mit der Situation auf dem regionalen Arbeitsmarkt im Zusammenhang gesehen. Außerdem spielte das Thema Wohnen eine große Rolle. Angeregt wurde ein Vergleich zwischen dem Verhalten von Geflüchteten und dem Verhalten von EU-MigrantInnen in Bezug auf Weiterwandern und Verbleib und deren jeweilige Bestimmungsgründe.

Ebenfalls wichtig sei das Selbstverständnis ländlicher Räume. Können sich ländliche Räume von einer Abwanderungsregion zu einer Zuwanderungsregion entwickeln? Am Beispiel des Erzgebirgskreis wurde diskutiert, wie die Chancen einzuschätzen sind, dass ländliche Regionen mit Abwanderungshintergrund Geflüchtete zum Verbleib bewegen können. Können Regionen, die lange Zeit die Erfahrung von Abwanderung gemacht haben, überhaupt eine Vision von Zuwanderung entwickeln, in der man Menschen halten will und kann? Dieses Selbstbild könne auch in Form eines regionalen Brandings weiterdiskutiert werden. Welche Auswirkungen haben Traditionen auf das Handeln in bestimmten Regionen? Verändern eigene Bilder auf die Region auch die Handlungen? Als Beispiel wurde hier die Stadt Stuttgart genannt, die mit ihrer Sichtweise als Industrie-, Erfinder- und Ingenieursstadt versucht, ihre Offenheit auch nach außen zu vermarkten. Ähnlich verhält es sich mit Regionen, in denen der Tourismus stark ist. Hier ist die Frage, ob sich aus diesen Bildern handlungsleitende Motive ergeben und diese Selbstdarstellungen auch in den Bereichen der Flüchtlingsintegration genutzt werden. Interessant sei weiterhin, ob Geflüchtete auch bestimmte Bilder von Regionen um Kopf haben und ob bzw. inwieweit diese mit dem regionalen Selbstbild übereinstimmen. Führen die vorhandenen Bilder von ländlichen Räumen eher zum Wegzug als zum Zuzug?

Arbeitsmarktintegration und Übergänge

Im Hinblick auf dem längerfristigen Verbleib in einer Region spielt das Thema Arbeitsmarktintegration mit den Aspekten Aus- und Weiterbildung, Übergänge, Vermittlung, Qualifizierungsmaßnahmen eine wichtige Rolle. Diese wurden auch vielfältig diskutiert und hier strukturiert gesammelt.

Ausbildung

Eine Empfehlung aus der Praxis lautete, dass alle Personen unter 25/30 Jahren eine Ausbildung absolvieren sollten. Helfertätigkeiten würden in Zukunft weiter abnehmen, und Personen mit Ausbildung hätten bessere Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Um die Ausbildung zu schaffen, gibt es verschiedene Diskussionen, die Regularien der Ausbildung zu erleichtern, indem die Ausbildung zum Beispiel modular durchgeführt werden kann; der praktische Teil zuerst und der theo-

retische Teil im Anschluss, wenn die Sprachkenntnisse besser sind. Diese Flexibilisierung wurde von anderen Personen kritisch gesehen, da die duale Ausbildung genau der Grund sei, warum Deutschlands Wirtschaft so erfolgreich ist. Auf keinen Fall dürfte es daher zu einer Aufweichung und Absenkung der Standards kommen.

Allgemein sollen die Berufsschulen eine größere Verpflichtung eingehen, für das Gelingen des schulischen Erfolgs zu sorgen. Der Betrieb habe wenige Einflussmöglichkeiten auf den Erfolg in der Schule und die Möglichkeiten der Begleitung sind begrenzt. Beim Thema Ausbildung sei es wichtig, die Abbrecherquoten, die es sowohl bei Deutschen wie auch bei Geflüchteten gibt, zu verringern. In bestimmten Branchen sind diese Abbrecherquoten besonders hoch; hier müssten assistierte Ausbildungskonzepte stärker greifen, zum Beispiel im Rahmen eines Mentoringsystems, welches sowohl die Betriebe als auch die Geflüchteten begleitet.

Problematisch seien die häufig fehlenden Sprachkenntnisse der Jugendlichen in den Bereichen B1 und B2. Hier gebe es zu wenig strukturierte und zielorientierte Angebote zwischen Schulabschluss, berufsvorbereitendem Jahr und Ausbildungsbeginn, die nach Bestehen eine Ausbildungsreife ermöglichen. Die Regelungen der Länder bezüglich Beschulung in den Berufsschulen sind hier sehr unterschiedlich und von den Teilnehmenden nicht nachvollziehbar.

Lücken und Übergänge

Aus der Praxis wurde kritisiert, dass die vorhandenen Maßnahmen keine Angebote im Sinne einer stringenten Bildungsplanung darstellen und nicht (zeitlich) aufeinander abgestimmt sind. Hier können Lücken von mehreren Monaten entstehen. Um diese Lücken bei den Übergängen zu schließen und die Zeit bis zu einer Ausbildung sinnvoll zu nutzen, seien Einstiegsqualifizierungen eine sinnvolle Maßnahme. Hier gab es Kritik an den zeitlichen Regularien, da diese mindestens ein halbes Jahr dauern müssen. Bei mehrmonatigen Pausen sinke die Motivation und Ehrenamtliche können die Jugendliche nicht auffangen.

Statuswechsel

Statuswechsel und damit wechselnde Zuständigkeiten von Bildungsträgern und öffentlichen Einrichtungen machen eine konsistente Förderung schwierig. Hier müsse man sich die Situation in der Region genauer ansehen und eine verbesserte und zielgerichtete Vernetzung (zum Beispiel ein Ausbildungsnetzwerk) organisieren. Mit der Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft findet ein Wechsel ins Jobcenter und damit ins SGB II statt. Ab dann stehen die gesamten Integrationsmaßnahmen offen, die allen SGB II-EmpfängerInnen zusteht. Hier wurden auch spezielle Maßnahmen für Flüchtlinge geschaffen. Doch auch die Arbeit der Jobcenter unterscheide sich zwischen den einzelnen Jobcentern, und Möglichkeiten würden unterschiedlich genutzt. Die Strukturen des regionalen Arbeitsmarktes und Arbeitsangebote im Fachkräfte- oder Helfersegment seien ebenfalls wichtig. Eine überproportional große Nachfrage nach Arbeitskräften ohne qualifizierte Ausbildung erleichtere den ersten Einstieg in den Arbeitsmarkt.

Spezifika ländlicher Räume

Wenn man in ländlichen Räumen forscht, sollte man offen gegenüber Spezifika von ländlichen Räumen sein. Das Bild von ländlichen Räumen als abgeschlossene Räume, die nicht mit der Welt verflochten sind und erst seit kurzem Erfahrungen mit Migration haben, muss überdacht werden. Hier gilt es, vorsichtig zu sein und weder raumblind noch raumdeterministisch vorzugehen.

Literaturverzeichnis

- Karakayali S, Kleist J (2015) Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014, Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin. https://www.bim.hu-berlin.de/media/2015-05-16_EFA-Forschungsbericht_Endfassung.pdf
- Institut für Demoskopie Allensbach (2013) Motive des bürgerschaftlichen Engagements. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/Engagement_Motive_Bericht.pdf